

Anschauungsunterricht konnte das französische Kapital sicherlich nicht gerade zur Rückkehr in ein Frankreich der Volksfront verlocken. Gäbe es auch dort eine Arbeitsfront, wäre das vermutlich anders. In der Welt unserer Tage ist mehr denn je die Sicherheit der Währung wie der Wirtschaft überhaupt von der richtigen Sozialpolitik abhängig. Daß die politische Ungewißheit auch sonst allenthalben noch so groß ist, gibt einen weiteren Grund dafür ab, daß so beträchtliche internationale Kapitalmengen brachliegen und aus Mangel an Vertrauen keine Betätigungsmöglichkeit finden. Jene Ungewißheit aber beruht nicht zuletzt ebenfalls darauf, daß in den westlichen Demokratien noch keineswegs abzusehen ist, ob die Stabilisierung einer wirklich leistungs- und lebensfähigen Volksgemeinschaft tatsächlich auf friedlichem Wege gelingen wird. England scheint äußerlich davon unberührt zu sein; aber man darf sich hinsichtlich der auch dort vorhandenen Spannungen wohl keinen Täuschungen hingeben. Das englische Verhalten in der Stabilisierungsfrage hat enttäuscht, namentlich auch in Holland. Enttäuschen konnte auch die Passivität, in die England zunächst dem Vierjahresplan gegenüber versiel. Die Frankfurter Zeitung fragte umsonst: Worauf wartet England? Eine Zuschrift der Deutschen Allgemeinen Zeitung aus London untersuchte neulich die Frage, ob England tatsächlich eine deutsche Abwertung wünsche. In englischen Finanzkreisen sei man sich klar darüber, daß eine solche nur dann einen Sinn hätte, wenn sie zur Aufhebung der Devisenbewirtschaftung und sonstiger Handelsbeschränkungen führe, daß das aber nicht möglich sei, weil Deutschland ein Schuldnerland sei. Es bestehe, hieß es weiter, in England auch nicht der Wunsch, Deutschland dazu zu überreden, seine Devisenzwangswirtschaft abzuschaffen und die dann freie Währung mit Hilfe von Krediten des Auslandes zu halten, ähnlich wie man das seinerzeit durch die Dawes-Anleihe mit der Rentenmark gemacht habe. Ganz abgesehen von der amtlich erklärten deutschen Entschlossenheit, sich nicht wieder darauf einzulassen, glaube man nicht an die Möglichkeit, ein solches Vorhaben heute oder in absehbarer Zeit durchzuführen zu können. Die Gewährung eines solchen Kredites würde in der City als eine politische Frage betrachtet werden, und man glaube, daß die öffentliche Meinung sich schwer davon überzeugen lassen würde, daß die Kreditgelder nicht im Rahmen der deutschen Rüstung verwandt werden würden. Gleichwohl tauchen Gerüchte von Kreditverhandlungen immer wieder auf. Besonders beachtlich war aber schließlich der Hinweis, daß ganz allgemein in England das Verständnis dafür zu vermissen sei, daß es in Deutschland um grundsätzliche Lösungen geht, durch die das Reich sich für die Dauer vor dem wirtschaftlich-politischen Druck des Auslandes und die Lebenshaltung und Sozialordnung seines Volkes vor den Rückschlägen und Weltkrisen schützen wolle. Dies sei insofern nicht ungefährlich, als man sich in der Annahme, daß der neue Plan und die deutsche Autarkie nur vorübergehende Erscheinungen seien, nicht die Mühe mache, darüber nachzudenken, auf welchen Wegen und Gebieten man die beiden verschiedenen

Wirtschaftsauffassungen miteinander versöhnen könnte. Der »Rheinisch-Westfälischen Zeitung« erschien diese Haltung mittelbar schon als Wirtschaftskrieg. Nimmt man die Bemerkung des Daily Telegraph hinzu, der Vierjahresplan habe den »Stachel einer möglichen Blockade entfernt«, so rückt das Ganze auch in ein ähnliches Licht, zumal wenn man sich erinnert, daß einst die gegen Italien betriebenen Sanktionen unseligen Angedenkens als »Generalprobe« bezeichnet worden sind. In der Erörterung spielt ja auch das Kolonialproblem eine Rolle. Hier scheint in Frankreich mehr Verständnis für den deutschen Standpunkt vorausgesetzt werden zu können als in England. Nach den letzten Vereinbarungen zwischen Italien und Deutschland hat es jedoch den Anschein, als ob auch in England die Einsicht zunimmt. An der Entscheidung des deutschen Willens ist ja nicht zu zweifeln. Richtig hat auch die englische, wie die französische und holländische Presse erkannt, daß die Berufung Hermann Görings eine Stützung und Bekräftigung der schon bisher von Dr. Schacht vertretenen Wirtschaftspolitik ist. Hoffentlich ist das Ergebnis der richtigen Einsicht die Bereitschaft, auf die Angebote des Führers einzugehen, die er der Welt gemacht hat, um einen wirklich Dauer versprechenden Frieden zustande zu bringen.

Auch im Innern ist es nicht zuletzt mit der dem Vierjahresplan innewohnende Zweck, den Frieden sichern zu helfen. Der »Angriff« stellte in diesem Sinne als seine Aufgabe fest »Schutz der schaffenden Menschen und Sicherung der wirtschaftlichen Grundlagen«. Die wirtschaftlichen Grundlagen betrifft vor allem das Rohstoffprogramm. Die Erzeugung aus eigenen Mitteln ist eine Frage langer Sicht. Die erfolgreiche Finanzpolitik wie die Erfindungs- und Organisationsleistungen bereiten den Weg dafür. In diesem Zusammenhang sei deshalb auch die neue Anleihe-transaktion des Reiches erwähnt und in entsprechende Erinnerung gebracht. Ein Sofortprogramm in der Rohstofffrage ist mit dem »Kampf dem Verderb« gegeben. Dem »Schutz der schaffenden Menschen« aber dient der umfassende Auftrag, der dem neuen Preiskommissar erteilt worden ist. Er erstreckt sich nicht nur auf die Beaufsichtigung der Preise, sondern auch auf die der Preisbildung. Mit Recht hob der »Völkische Beobachter« schon in seiner ersten Verlautbarung den »Kampf gegen Preiserhöhungen« als Kern der Maßnahmen hervor.

Die Frage der Preisgestaltung ist gerade auch dem Buchhandel eben erst wieder nahegebracht worden durch die Ausführungen, die Dr. Goebbels gelegentlich der Kundgebung zur Eröffnung der Woche des Buches in Weimar gemacht hat. Wenn der Herr Minister für Volksaufklärung und Propaganda dort hervorgehoben hat, daß ihm angesichts der Notwendigkeit, weitesten Kreisen der deutschen Volksgenossen den Zugang zum Buch offenzuhalten, ein Durchschnittsladenpreis von 4.— RM zu hoch erscheine, so wird das für den verantwortungsbewußten deutschen Buchhandel genügen, sich sehr ernsthaft damit zu beschäftigen, was hier zu tun sein möchte. Das liegt in seinem eigenen wohlverstandenen Interesse; denn jede Übertreibung schadet dem Absatz. Es handelt sich vor allem aber um eine ungeheuer wichtige kulturpolitische Frage. In letzter Erstreckung berührt sie schließlich die Weltgeltung des deutschen Buches und die Erhaltung seiner kulturellen Mission namentlich dem Auslandsdeutschtum gegenüber. Es ist nun nicht uninteressant, daß der Bibliothekar Dr. G. Reinde-Berlin in einem Vortrag, den er im Juni auf der diesjährigen Tagung des Vereins deutscher Bibliothekare in Dresden gehalten hat, geglaubt hat, in gewissem Sinne vor einer Fortsetzung der Preisentwicklungstendenz warnen zu sollen, die er in dem Rückgang des Durchschnittsladenpreises der deutschen Buchproduktion von 6.26 RM für 1930 auf 4.01 RM für 1935 gegeben sieht. »Das preiswerte Buch mit einem Ladenpreis von 2 bis 5 RM«, sagte er, »ist auf dem Wege, Alleinherrscher auf dem deutschen Buchmarkt zu werden, unterstützt von einer Legion billiger Broschürenreihen, deren Preise sich zwischen 60 Rpf. und 1.80 RM bewegen. Wissenschaftliche Monographien, die einen Ladenpreis von mehr als 15 RM aufweisen, besitzen beinahe schon Seltenheitswert.« Den sofort zu erwartenden Einwand beantwortete Dr. Reinde im voraus selbst, indem er anerkennt: »Eine allgemeine Erhöhung des durchschnittlichen Ladenpreises der Bücher kann und darf nicht im Sinne der heutigen Kulturpolitik liegen.« Aber, erinnerte er nicht

Buchausfuhr nach Polen und Danzig

Die Liste derjenigen polnischen Buchhandlungen, die Gegenstände des Buchhandels ohne Verrechnungsschein einführen können (veröffentlicht in den Börsenblättern Nr. 49 vom 27. Februar, Nr. 55 vom 5. März und Nr. 88 vom 14. April 1936), muß durch folgende Firmen ergänzt werden:

L o d z

Max Renner, ul. Piotrkowska 165

R y b n i k

Księgarnia Polska Maksymilian Basista

Z e s c h e n

Kresy skład nut.

Das Verzeichnis der polnischen Institute, die Gegenstände des Buchhandels ohne Verrechnungsschein einführen können, wird ergänzt durch

T h o r n

Baltisches Institut (Instytut Baltycki).

Der betreffende Runderlaß ist im Amtsblatt des polnischen Finanzministeriums Nr. 27 unter Pof. 809 veröffentlicht worden.